

Bezirksmitgliederversammlung 26.März 2022

Referatsteil R. Dörrenbecher

Liebe Genossinnen und Genossen,

meine Aufgabe in diesem Referatsteil ist es zu Problemen der Rechtsentwicklung und des Demokratieabbaus in unserem Land und in diesem Zusammenhang mit einigen Erscheinungen des Massenbewußtseins zu sprechen. Zu dem Thema werden Bücher geschrieben, ich versuche es mal in gut 10 Minuten.

Genosse Arnold Schoelzel, vielen von uns als ständiger Autor der UZ bekannt, sprach auf der letzten PV-Tagung zum Thema „Freiheit, Demokratie, demokratischer Kampf heute – Aufgaben der DKP“. In der Einleitung nannte er folgende These: „Wir erleben in den USA, in der Bundesrepublik und anderswo gegenwärtig Versuche der herrschenden Klasse, sich für den Kampf gegen den Parlamentarismus eine Massenbasis zu schaffen.“ Im weiteren spielte dies im Referat keine Rolle und am Schluss relativierte er und bezog sich nur noch auf die USA. Gleichwohl bekräftigte er die Auffassung der Parteiführung vom vorangetriebenen „reaktionären Staatsumbau“.

Es gibt wohl **in** der herrschenden Klasse der USA starke Kräfte mit Tendenzen, die bürgerliche Demokratie zu ersetzen durch ein autoritäres Regime mit einer entsprechenden Massenbasis. Das wäre ein Regime, das eher an das Putin-Regime in Russland erinnert. Aber **die** herrschende Klasse selbst der USA, das ist schlicht zu pauschal und widerspricht auch den Einschätzungen der KPdUSA.

Für unsere Verhältnisse will ich dazu einige Aspekte sagen. Mit der Wahl von Friedrich Merz zum Hoffnungsträger der CDU/CSU kommt zweifellos eine rechtskonservative Wende in diesen Parteien zum Ausdruck. Ebenso zeigt sich, dass mit dem FDP Chef Lindner als Finanzminister und dem neoliberalen Wirtschaftssprachrohr Michael Hüther als dessen Vorsager, der Neoliberalismus in der Bundesregierung fest verankert ist. Wir erleben ja schon, wie sich die „Liberalen“ gegen jeden sozialen und für die arbeitenden Menschen demokratischen Fortschritt widersetzen.

Gesellschaftliche Entwicklungen sind allerdings kein einheitlicher Prozess. Viele Kräfte und Interessen, sich ergänzende und widersprechende wirken und die Entwicklung verläuft meistens uneinheitlich.

Seit Jahrzehnten haben wir in unserem Land im Massenbewußtsein einen Anteil von um die 20% bei den Erwachsenen mit rechten, ausländerfeindlichen bis fest faschistischen Einstellungen. Die Übergänge sind fließend und überschneiden sich parteipolitisch vor allem bei den Konservativen und Rechten. In der Vergangenheit kam dieses Bewusstsein in der Öffentlichkeit weniger zum Ausdruck. Das, so erleben wir, hat sich geändert. Die modernen Kommunikationsmittel ermöglichen eine feige anonyme Hetze und eine unkomplizierte Organisierung von Aktionen. Der fließende Übergang vollzieht sich dann auf der Straße, vor allem bei Demonstrationen gegen die Regierungspolitik im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. War es vor einigen Jahren noch undenkbar, dass sozialliberale und linke Menschen mit Neonazis in einer Reihe stehen, haben heute viele damit kein Problem.

Auf vielen Plakaten, Transparenten und Meinungen dabei kommt eine völlig Ich-bezogene Grundeinstellung zum Ausdruck, als würden diese Menschen nicht in einem sozialen Gefüge mit Mitmenschen leben. Verbunden ist dies gelegentlich mit einer Aggressivität gegenüber Staat, Politik, Wissenschaft, Medienvertretern\*innen und allen, die nicht ihrer Meinung sind. Bei anderen sind geradezu dämmlische politische Sprüche zu sehen. Das alles ist das Gegenteil von Querdenken, hat mit dem Denken wenig bis Nichts zu tun. Darin kommen Wissenschaftsfeindlichkeit und die Negation von Erkenntnisfähigkeit zum Ausdruck. Mir fällt dazu Francisco de Goya ein, ein spanischer Maler Ende des 18. - Anfang des 19. Jahrhunderts; eine seiner Zeichnungen hatte er zum Thema „der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer“ gefertigt.

Politisch übertroffen wird dies noch in Referaten und Entschlüssen von Vertreter\*innen unserer Parteiführung und weiteren. Für diese sind unsere Schutzmasken, die wir hier tragen, Ausdruck „der Maßnahmen der Herrschenden zur restlosen Zerstörung der letzten demokratischen Regelungen des Grundgesetzes“. Auch Linke können vom Schlaf der Vernunft befallen sein.

Sind die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie ein Feld, ein Bereich des Kampfes gegen den Abbau demokratischer Rechte? Pauschal betrachtet, sehe ich dies nicht so. Niemand von uns hat je erlebt, dass bei irgendeiner Demonstration die Missachtung behördlicher und polizeilicher Auflagen geduldet wurde und folgenlos blieb; bei den Anti-Corona Demos geht das. Neben allen von Wirtschaftsinteressen geleiteten Fragwürdigkeiten, Politiker\*innen-Profilierungen, die auch nach hinten losgegangen sind, Unverständlichem und Abläufen des ganz normalen Kapitalismus, auf der ganzen Welt wurden ähnliche Maßnahmen ergriffen. Auch das Gegenüberstellen der Probleme des Gesundheitswesens und der Beschäftigten zu den Einschränkungen hilft niemandem. Bleibt zu hoffen, dass die Medizin-Wissenschaft es schafft das Virus soweit einzudämmen, dass eine Art Normalleben wieder möglich ist. Notwendig ist auch, dass aus dem Auftreten dieser Pandemie viele Schlussfolgerungen gezogen werden. Das allerdings ist eine politische Aufgabe und die Hoffnung ist klein.

Im Kampf gegen Rechts und um demokratische Rechte sind uns eine Menge Probleme geblieben.

Keine Umfragen und keine Daten gibt es zu den Einstellungen der Angehörigen des Staatsapparates, der Ordnungs-, Sicherheits- und bewaffneten Organe. Warum auch, wenn Beamte mit einer rassistischen Einstellung wie Georg Maaßen oberster Verfassungsschützer werden und bis zum geht nicht mehr vom Innenminister Seehofer gehalten werden. Auch darin wird der schleichende Übergang vom Konservatismus zu rechter, ausländerfeindlicher Gesinnung sichtbar. So wird auch der „strukturelle Rassismus“ in den Organen hartnäckig geleugnet und werden alle Vorfälle als Einzelercheinungen verfälscht. Das bisher schlimmste Beispiel war der latente Rassismus der Polizei bei den Ermittlungen zu den Morden des NSU und die Verstrickungen der Spitzeldienste in die rechte Terrorszene. Eine Aufarbeitung findet nicht statt.

Es ist auch nicht so, dass der Staatsapparat aufgehört hätte mit seinen antidemokratischen Maßnahmen. Weiterhin wird an der Verschärfung der Polizeigesetze gearbeitet. Der Inlandsspitzeldienst, der sog. Verfassungsschutz, schafft gar ein neues „Delikt“, die „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“. Wozu er gar keine Befugnis hat. Das „Delikt“ soll gegen die Rechte eingesetzt werden. Aber wir kennen das ja mit der Rechts-Links-Gleichsetzung.

Im Gefolge der Aggression Russlands gegen die Ukraine macht der Militär-Industrie-Komplex einen Durchmarsch durch die Politik. Jetzt werden die dringend notwendigen Zivil- und Katastrophenschutzmaßnahmen, die nach den Flutkatastrophen angekündigt wurden, unter dem Gesichtspunkt „sicherheitspolitischer Bedrohungen“ überarbeitet. „Schutzmaßnahmen gegen russische Cyberattacken wurden hochgefahren.“ Es wird sich noch zeigen, wie der Schutz gegen Russland bei der nächsten Flutkatastrophe wirkt und welche Auswirkungen dies auf die demokratische Verfasstheit hat. Die Gesellschaft wird schon mal darauf eingestellt.

Für die herrschende Klasse und die regierungskompatiblen Parteien gibt es allerdings eine wirkliche rote Linie. Die Shoa, der Massenmord an der europäischen jüdischen Bevölkerung, war für diese der Supergau vor den Völkern der Welt. Daher ist Antisemitismus, so wie diese ihn definieren, absolut unzulässig und dessen Verfolgung ist Staatsräson. Wir sollten wahrnehmen, dass Initiativen gegen das Vergessen der Verbrechen des deutschen Faschismus von staatlicher und gesellschaftlicher Seite gegenwärtig mehr unterstützt werden als in der Vergangenheit.

Wie bei allem, auch hierbei gibt es Fragwürdiges und die Ausgrenzung des politischen Antifaschismus. Hier vermischen sich die antisozialistische Grundeinstellung des Staatsapparates als Institution und

der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Ablehnung des politischen linken Antifaschismus, der ja die Rolle des Kapitals benennt. Das sprengt den bürgerlichen Antinazismus, geht auch über die auf die Wirtschaft bezogene Kapitalismuskritik hinaus. Wir sprechen hier über die gesellschaftliche Rolle des Kapitals. Das geht dem System zu weit. Deshalb die Versuche die VVN-BdA finanziell zu erledigen, der DKP durch administrative Maßnahmen den Parteienstatus zu entziehen, die Junge Welt wegen ihres marxistischen Standpunktes als verfassungsfeindlich einzustufen, ebenso die Rote Hilfe usw. Und auch das sei gesagt, wir lassen uns wegen unserer Kritik an der Unterdrückung der Palästinenser durch Israel nicht als Antisemiten diffamieren.

Die Bewegungen des Kampfes gegen Rechts, gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, für eine antifaschistische Entwicklung ist wie die Friedensbewegung sehr breit. Sie reichen von der Autonomen Antifa bis zu bürgerlichen Demokrat\*innen. Bemerkenswert sind die vielen unterschiedlichen Initiativen gegen Rechts in der Jugend, auch in Schulen.

Nicht alle wollen mit allen zusammen diesen Kampf führen. Beim Kampf gegen rechts und um demokratische Rechte geht es uns nicht um die Überwindung des Kapitalismus; der demokratische Kampf hat seine eigenständige Bedeutung. Der Spruch „wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll zum Faschismus schweigen“ hat inzwischen auch die DKP-Führung erreicht. Aufrufe zu Aktionen gegen Rechts, bei denen irgendetwas fehlt, werden dann schon mal nicht unterzeichnet. Wem soll das nützen? Erneut kann ich unserer Parteiführung nur empfehlen Lenin nicht als Ikone vor sich herzutragen, sondern zu lesen und verstehen.

Seitdem es unsere Partei gibt, haben wir das gemeinsame Nahziel in den Vordergrund gestellt und dabei unsere weitergehenden Vorstellungen eingebracht, aber nicht zu irgendeiner Bedingung gemacht. Deshalb unterstützen wir im Saarland auch Initiativen und Aktionen, die sich gegen die faszistoide AFD wenden und die anderen Gesichtspunkte, die ich nannte, ignorieren. Einigen Beteiligten geht es auch nur um die Auseinandersetzung mit einer konkurrierenden Wahlpartei. Ja, es ist nicht einfach dann mal mit Rechtskonservativen in einer Reihe zu stehen. Doch wir können mit Transparenten, Umhängeschildern und Flugblättern unsere Meinung dazu sagen. So wollen wir im Saarland wie in der Vergangenheit weiterarbeiten, nicht nur im Kampf gegen Rechts.